

BVN e.V.

Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender
Thomas Seiffert

Kontaktadresse:

Friedhelm Ardelt-Theeck
Leuchte 35A
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 / 36751
Mobil: 0151-16559854
f.ardelt-theeck@molochautobahn.de
www.molochautobahn.de

Rechenschaftsbericht 2009

Die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) machte sich im Jahr 2009 wieder für eine ökologische Verkehrspolitik in Frankfurt am Main und vor allem im Stadtteil Nordend stark, mit dem Ziel, die Lebensqualität zu erhalten bzw. zu verbessern. Die besondere Aufmerksamkeit galt dabei wieder verständlicherweise der Frankfurter Verkehrspolitik und dem geplanten Bau der Bundesfernautobahn A 66 Wiesbaden – Fulda quer durch Frankfurt. Um die Kräfte zu bündeln, legte die Bürgervereinigung Nordend e.V. auch in diesem Jahr wieder großen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden vor allem im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA). So haben Vertreter der BVN wieder einen Großteil der dazu gehörenden organisatorischen Aufgaben, wie das Erstellen von Informationsmaterialien, Kontaktpflege, Pressearbeit, Besuch von Ortsbeirats- und Ausschusssitzungen des Stadtparlaments sowie Korrespondenz mit Parteien, Behörden etc. übernommen. Dazu gehörte die Teilnahme an den regelmäßigen Sitzungen und Arbeitsgruppen wie auch die Durchführung gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

Dabei kam der Gestaltung und Aktualisierung bzw. Pflege der eigenen Homepage des „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA), die von der BVN betreut wird, wieder eine besondere Bedeutung zu. Diese Homepage dient gleichzeitig auch als Informationsplattform für die BVN e.V. Unter www.molochautobahn.de und in Form von regelmäßigen Newslettern, kann sich die Bevölkerung bzw. die Öffentlichkeit über die geplanten Projekte und dem jeweiligen aktuellen Stand der Verfahren informieren. Inzwischen wird die Webside von bis zu 2000 Internetnutzern pro Monat besucht.

Folgende Ereignisse sind besonders hervorzuheben:

Im Januar veröffentlichte die BVN eine im Namen des Aktionsbündnisses verfasste Presseerklärung, in welcher ein sofortiger Baustopp für den seit 2008 laufenden Vollausbau der Autobahn-Ostumgehung Frankfurt A66/A661 gefordert wurde. Es dürften keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden, die die notwendige Einhausung verhinderten. Dabei wurde auf die Ergebnisse der vorliegenden Gutachten der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen verwiesen, die deutliche Grenzwertüberschreitungen belegen. Solange über die Klagen im Verfahren A 66 Tunnel Riederwald noch nicht entschieden wurden, dürfte es zudem auch keinen Anschluss der A 66 an die A 661 geben.

Noch im Dezember des Vorjahres nahmen BVN-Vertreter an einem Gespräch mit Rechtsanwalt Dirk Teßmer teil, um die für März 2009 beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel (VGH) angesetzte mündliche Verhandlung der Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss A 66 Tunnel Riederwald zu erörtern und den Inhalt eines darauf bezogenen zweiten Klageschriftsatzes zu besprechen. Der Umfang dieses

Schriftsatzes, der im Januar dem VGH zugestellt wurde, veranlasste das Gericht, den festgesetzten Termin auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Im Gegensatz dazu wurde die ebenfalls beim VGH anhängige BUND-Klage wie vorgesehen Ende März verhandelt. Das Gericht bestätigte die BUND-Auffassung, dass die Tunnelplanung gegen geltendes Naturschutzgesetz verstößt und ordnete eine Umplanung des Tunnels an. Der nördliche Teil der Grünanlage des Erlenbruchs muss erhalten bleiben und folglich der Tunnel in seiner gesamten Länge nach Süden verlegt werden. Dafür wird aller Voraussicht nach ein neues Planänderungsverfahren notwendig sein. Bis zum Herbst wurde dazu eine grobe Machbarkeitsstudie erarbeitet und Ende September im zuständigen Ortsbeirat 11, an deren Sitzung auch BVN-Vertreter teilnahmen, von Vertretern des Hess. Amtes für Straßen- und Verkehrswesen Frankfurt (ASV) vorgestellt. Aufgrund des regen Interesses wurde eine spezielle Informationsveranstaltung zum Bau des Riederwaldtunnels für das Frühjahr 2010 angekündigt.

Aufgrund dieser Umstände sah sich der VGH in Kassel veranlasst, die vom Aktionsbündnis und der BVN unterstützten anhängigen Klagen bis zur Klärung des Sachverhalts vorläufig „ruhen“ zu lassen.

Wie die BVN inzwischen erfuhr, hat der VGH in Kassel außerdem die Klage der Stadt Frankfurt gegen den PFB A 66 Riederwaldtunnel mit Verweis, dass diese präkludiert sei, als unzulässig zurückgewiesen.

Noch im Januar antwortete der Hess. Verkehrsminister Rhiel auf ein von einem BVN-Vorstandsmitglied verfasstes persönliches Schreiben zur Lärmproblematik entlang der Autobahn Ostumgehung Frankfurt. Grundsätzlich wurde die Bereitschaft seitens des Landes wie auch des Bundes bekräftigt, „den Lärmschutz an der A 661 zu modifizieren“, gleichzeitig aber Wert auf die Feststellung gelegt, dass „infolge des rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlusses hierfür keine rechtliche Verpflichtung besteht“. Die Hess. Straßenbauverwaltung wurde „beauftragt, den schalltechnischen Vorentwurf für den nachträglichen Lärmschutz zu erstellen.“ Anschließend „sind dann die baurechtlichen Voraussetzungen für die Lärmschutzmaßnahmen zu schaffen.“ Es werde von ihm „angestrebt, dass diese Lärmschutzmaßnahmen mit der Inbetriebnahme der Ostumgehung fertiggestellt sind.“

Unter maßgeblicher Beteiligung der BVN startete das Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn im März eine zweite groß angelegte Spendenkampagne zur Finanzierung der anhängigen Klagen gegen den PFB für die A 66 Tunnel Riederwald. So wurden zahlreiche Informationsstände in Bornheim und Riederwald organisiert, ein Spendenbrief verfasst und an mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger versandt und mehrere Tausend Flugblätter mit dem Spendenaufruf auf der Straße und an Haushalte entlang der Autobahn verteilt. Die begleitende sehr erfolgreiche Pressearbeit wurde von der der BVN übernommen. Bis Ende des Jahres konnten so über 9000 Euro Spenden aus der betroffenen Bevölkerung zur Finanzierung des Klagefonds eingenommen werden. Zu diesem Anlass war eigens ein Spendenkonto im Namen des AUA eingerichtet worden. Somit sind inzwischen 24.000 € von den für die erste Instanz veranschlagten 35.000 € - incl. einer möglichen Klage für zusätzlichen Lärmschutz entlang der bestehenden A 661 – zusammengekommen; ein enormer Erfolg. Zu gegebener Zeit soll eine dritte abschließende Spendenkampagne durchgeführt werden.

Daneben organisierte die BVN zusammen mit dem AUA wie in den Vorjahren wieder Informationsstände auf dem Kinderfest beim Wäldchestag im Riederwald, auf dem Straßenfest Schäfflestraße des Vereinsrings Riederwald, dem Stadtteilstfest der Linken im Riederwald sowie im September beim Rotlintstraßenfest der Grünen im Nordend und beim Kinderfest „Tag des Kindes“ der Falken im Ostpark. Dabei wurde weiter für die Unterstützung der Klagen geworben.

Zusätzlich wurde die BVN zusammen mit dem AUA eingeladen, sich mit einem Info-Stand am Schulfest der IGS Nordend im Monat Juni zu beteiligen und zusammen mit einer Umwelt-AG der Gesamtschüler auf die Problematik rund um den Autobahnbau im Frankfurter Osten aufmerksam zu machen. Unterstützt von einem eingeladenen Vertreter der BVN, malten die

Schüler im Vorfeld Bilder, in denen sie die damit verbundenen Konflikte zeichnerisch darstellten. Diese wurden schließlich auf dem Schulfest präsentiert.

Im Frühjahr wandte sich der Magistrat der Stadt Frankfurt, auf Beschluss des Stadtparlaments, an den Bund mit der Bitte, sich an der Finanzierung einer Einhausung im nördlichen Abschnitt der A 661 zwischen Friedberger Landstraße und Enkheimer Straße/Seckbachtalbrücke zu beteiligen. Im Juni erteilte das Bundesverkehrsministerium diesem Wunsch dann eine Absage mit Verweis auf die Tatsache, dass „der Großteil der hier entlang der A 661 angesiedelten Bebauung, nämlich das Neubaugebiet „Atterberry und Betts“ jedoch von der Stadt Frankfurt am Main in Kenntnis der Nähe zur A 661 und deren bevorstehende Erweiterung ausgewiesen“ wurde. Die Stadt Frankfurt wie auch die Stadtverordneten werteten dieses Schreiben einhellig als endgültige Absage an die Einhausung. Eine parlamentarische Mehrheit im Stadtparlament sprach sich daraufhin für die beschleunigte Planung einer Lärmschutzwand aus.

In einer entsprechenden Presseerklärung im Namen des Aktionsbündnisses wurde der Stadt Frankfurt und den regierenden Parteien vorgeworfen die tatsächliche Bedrohung nicht richtig ernst zu nehmen. Dabei wurde deutlich gemacht, dass es zu der von Seiten der Bürgerinitiativen geforderten vollständigen Einhausung keine Alternative gäbe. Ohne Einhausung müsse auch der Weiterbau der Autobahnen A 66 und A 661 gänzlich unterbleiben.

Angeregt und unterstützt von der BVN und dem AUA kam es im Frühsommer zu einem relativ gut besuchten Informationstreffen von Bewohnern des Hochhauses Seckbacher Landstraße, dass extrem vom Autobahnlärm betroffen ist.

Im Mai führten Vertreter der BVN ein intensives Pressegespräch mit einem Redakteur der Frankfurter Rundschau bezogen auf die Problematik im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahnspange ins Nordend bzw. zum Alleentunnel und deren Bedeutung für die Einhausung und die Chancen der Klagen etc.

Im Juni hatte die Frankfurter Seniorenwohnprojektgruppe „Sense“ einen Vertreter der BVN eingeladen, um über den Autobahnbau und dessen Auswirkungen speziell auf die Atterberry-Siedlung zu referieren und sich ergebende Fragen zu klären.

Im Vorfeld der Bundestagswahl Ende September 2009 wurde schließlich der offizielle erste Spatenstich für den Riederwaldtunnel angekündigt. Zusammen mit dem AUA mobilisierte die BVN für eine Protestaktion gegen den Spatenstich für die A 66 Tunnel Riederwald bzw. für den Bau des Autobahndreiecks Erlenbruch. In einer begleitenden Presseerklärung wurde der Spatenstich sehr plakativ als „Skandalöse Wahlkampfshow“ verurteilt und ein sofortiger Baustopp gefordert, solange die anhängigen Klagen gegen den PFB nicht verhandelt bzw. abschlägig beschieden seien. Der berechtigte friedliche Protest bei der Durchführung des Spatenstichs hatte eine breite und sehr positive Resonanz in allen Medien gefunden.

Im Anschluss daran hatten Vertreter der BVN und des AUA Gelegenheit in Anwesenheit der Medien mit den teilnehmenden Bundesverkehrsminister Tiefensee und dem neuen Hess. Verkehrsminister Posch die Lärmproblematik zu erörtern und weitere über 600 Unterschriften mit der Forderung nach kompletter Einhausung samt Schadstofffilterung zu übergeben.

In Gesprächen mit dem Rechtsanwalt des Aktionsbündnisses wurde die aktuelle rechtliche Lage erörtert. Dieser machte klar, dass es augenblicklich keine rechtliche Grundlage für die Forderung nach einem Baustopp gäbe, da das Recht auf „Sofortvollzug“ bestehe. Allerdings baue der Bauträger bzw. der Bund auf eigene Gefahr. Die Forderung nach einer Einhausung und eines Baustopps insbesondere im Zusammenhang mit den Klagen könne im Moment nur politisch gestellt werden.

Der Rechtsanwalt forderte aber das ASV und das Hessische Ministerium für Verkehr auf, den Bauzeitplan zur Verfügung zu stellen, um eine realistische Bewertung der vorgesehenen Baumaßnahmen vornehmen zu können. Die Gegenseite ließ sich einen Monat Zeit zur Antwort, um sich dann dumm zu stellen, und lapidar mitzuteilen, dass der Riederwaldtunnel selbst noch nicht begonnen werde. Eine nochmalige Aufforderung Mitte November seitens des Rechtsanwalts blieb bis Ende des Jahres unbeantwortet.

Im Oktober hielt es die IHK-Frankfurt für nötig ihrerseits zum wiederholten Male in den letzten Jahren die Notwendigkeit des Baus der Autobahn A 66 Alleentunnel zu unterstreichen und dessen baldige Realisierung einzufordern, was natürlich den Bau der Autobahnspange ins Nordend und des Autobahndreiecks Seckbach A 66/A661 mit einschließt. Dieser Vorstoß macht deutlich, dass letztere Projekte entsprechend unserer Einschätzung noch lange nicht vom Tisch sind.

Die BVN wie auch das AUA beabsichtigen zusammen mit dem Netzwerk Umwelt-Klima-Rhein-Main, in welchem beide Organisationen vertreten sind, eine Resolution von Städten und Gemeinden, Interessengemeinschaften, Lärmschutzorganisationen, Naturschutzverbänden sowie Bürgerinitiativen zur Erreichung eines wirksamen Nachtflugverbotes am Flughafen Frankfurt zu unterstützen. Federführend hier ist der Raunheimer Oberbürgermeister Jühe.

Das Netzwerk Umwelt-Klima-Rhein-Main hat jetzt unter Beteiligung der BVN und des AUA beschlossen einen Flyer mit der Forderung der Erstellung einer Gesamtbelastungsstudie für das ganze Rhein-Main-Gebiet zu erstellen. Die BVN e.V. wird sich zusammen mit dem AUA finanziell daran beteiligen und diese innerhalb des Nordends und im Stadtgebiet verteilen.

Frankfurt am Main, 28. Oktober 2010

Thomas Seiffert
(1. Vorsitzender)